
Pressemitteilung

Schwarz-Grüne Regierungskoalition steht zu Theatersanierung

Jahrhundertprojekt darf jetzt nicht kaputtgespart werden

Einhellig und klar befürwortet die schwarz-grüne Regierungskoalition in Augsburg die Fortsetzung der Staatstheater-Sanierung.

Verena von Mutius-Bartholy, Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN: "Die Grüne Fraktion hatte sich stets für eine breit angelegte Bürgerbeteiligung zur Theatersanierung eingesetzt. Das Projekt jetzt zu stoppen oder den Rotstift bei Ergebnissen der Bürgerbeteiligung anzusetzen, wäre ein fatales Signal. Die Theatersanierung ist ein Jahrhundertprojekt, das in den Geschichtsbüchern stehen wird. Etliche Generationen nach uns werden davon profitieren. Aus unserer Sicht wäre es daher unverantwortlich auf Kosten der Funktionalität nun im zweiten Bauteil zu sparen oder ihn gar ganz in Frage zu stellen. Wir bekämen einen glänzenden Theatertorso, der nicht sinnvoll mit Leben zu füllen wäre. Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Ein Moratorium würde die Kosten ohne wirklichen Erkenntnisgewinn nur weiter erhöhen."

Leo Dietz, Fraktionsvorsitzender der CSU: "Die Generalsanierung und der Neubau des Betriebsgebäudes und Kleinen Hauses sehen wir als großen Gewinn für die Kulturlandschaft unserer Stadt. Dadurch entsteht ein kultureller Leuchtturm im Herzen der Stadt, der durch seine Offenheit auch in architektonischer Hinsicht ein Ort für alle Augsburger*innen werden wird."

"Die Rathauskoalition kann die Debatte um die gestiegenen Kosten nachvollziehen, wünscht sich hierzu aber auch mehr Sachlichkeit und Ehrlichkeit. Baukostensteigerungen hat die Stadt genauso wenig in der Hand wie die Inflationsrate. Dass solche nur bedingt kalkulierbaren Kostensteigerungen bei langjährigen Bauprojekten auftreten, ist kein vernünftiges Argument, um das 'Ob' der Theatersanierung in Frage zu stellen. Zur Ehrlichkeit gehört außerdem, dass der Verzicht auf das zweite Gebäude Miet- und Logistikkosten fürs Theater verursacht, die schon in wenigen Jahren die Investitionskosten übersteigen. Wir würden zukünftige Generationen also am Ende noch stärker belasten und ihnen zusätzlich ein unfunktionales Rumpftheater hinterlassen", sagt Leo Dietz.

Verena von Mutius-Bartholy abschließend: "Wir nehmen die Belastung des städtischen Haushalts nicht auf die leichte Schulter. Eine transparente und ehrliche Debatte über die Kosten ist uns wichtig, um Vertrauen zu schaffen und das Projekt in der Stadtgesellschaft zu verankern. In Anbetracht des generationenübergreifenden Mehrwerts eines Kleinen Hauses und der innerstädtischen Betriebsstätten, wünschen wir uns aber eine sachliche und zukunftsgerichtete Debatte. Unser Ziel ist dabei, dass die Bürger*innen auch in 100 Jahren noch zufrieden sind mit den Entscheidungen, die hierzu heute gefällt werden, ohne dass diese dauerhaft für politische Profilierungen genutzt werden."